

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

November 2021

Die anderen Parteien
belohnen Erpressungen
der EU

Seite 10



Die SVP auf dem
Land und in der
Agglo stärken

Seite 11



Stopp zur
Diskriminierung
von Frauen

Seite 15

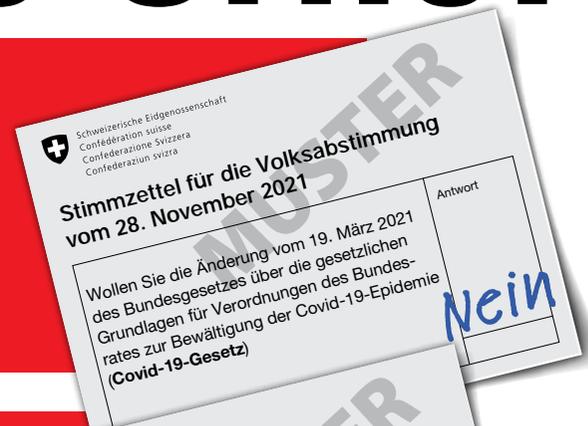


Jetzt an die Urne!

Gesellschaft spalten?

Extremes Covid-19-Gesetz

NEIN



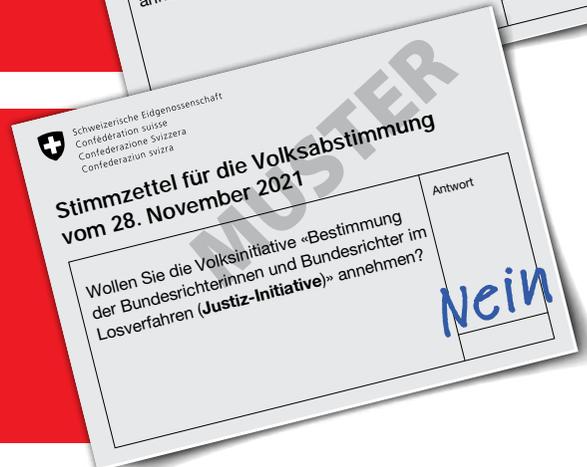
Pflegepersonal richtig unterstützen:

NEIN zur linken
Pflege-Initiative



Bundesrichter per Losverfahren?

NEIN zur gefährlichen
Justiz-Initiative



Nein zur Spaltung der Gesellschaft, Ja zur Freiheit

Am 28. November müssen wir drei Mal Nein sagen: Die gefährliche Verschärfung des Covid-Gesetzes ist ebenso abzulehnen wie die extreme Justiz- und die linke Pflegeinitiative.

Die Schweizer sind seit dem Rütlichswur ein «einig Volk». Und jetzt sollen wir uns plötzlich in Geimpfte und Ungeimpfte spalten lassen? Das dürfen wir nicht zulassen. Die SVP ist die Partei der Freiheit und Sicherheit. Wir stehen für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz ein. Und wir kämpfen für die persönlichen Freiheitsrechte von uns allen.

Unser Bundesrat Ueli Maurer hat es richtig gesagt: Wir haben vor allem eine Führungskrise und nicht eine Corona-Krise. Es herrscht Willkür in der Schweiz. Wer mit der Familie in den Zoo will, braucht ein Zertifikat. Wer ins Bordell geht, braucht keines. Wer soll das verstehen? Das sind willkürliche und weltfremde Massnahmen aus den Büros von Bundesbern.

Kehren wir endlich zurück zur Normalität!

Die SVP hat immer eine klare Linie verfolgt: Wir forderten von Anfang an vernünftige Konzepte, um die Risikogruppen sowie die Grenzen zu schützen und wir forderten eine rasche

Beschaffung des Impfstoffes. Das Zertifikat soll für die Bevölkerung und nicht gegen sie eingesetzt werden. Doch die Mitte-links-Mehrheit des Bundesrates hat daraus ein Diskriminierungs-Zertifikat gemacht. Dieses wird uns wohl noch lange beschäftigen, denn unabhängig vom Resultat der Abstimmung am 28. November – das Covid-Gesetz bleibt bis März 2022 in Kraft. Deshalb benötigen wir heute dringend eine Ausstiegsstrategie.

Um Freiheit, Grundrechte und Normalität wiederherzustellen, rufe ich Sie auf, am 28. November zum extremen Covid-19-Gesetz NEIN zu stimmen!

Ein deutliches Volks-Nein haben auch die beiden anderen Initiativen verdient: Die Justizinitiative will die Richterwahl der demokratischen Kontrolle entziehen und den Parteienproporz abschaffen. Das Los soll entscheiden. Das Richteramt würde so zur Lotterie!

Den links-grünen Klimawahn stoppen
Ebenso verfehlt ist die linke

Pflegeinitiative. Wir alle sind dankbar für das grosse Engagement, das die Pflegenden zum Nutzen von Jung und Alt leisten. Aber diese Initiative führt zu einer Verakademisierung der Ausbildung und bringt einen weiteren Kostenschub im Gesundheitswesen ohne echte Leistungsverbesserung. Darum am 28. November drei Mal Nein!

Auch nach dieser wichtigen Abstimmung bleibt viel zu tun. Zum Beispiel in der Energiepolitik. Denn es drohen empfindliche Stromlücken, gerade im Winter. Damit tritt ein, wovor die SVP immer schon gewarnt hat. Wenn wir nicht frieren und die Wirtschaft nicht nachhaltig schädigen wollen, müssen wir den links-grünen Klimawahn stoppen und die Strom- und Energiepolitik auf eine vernünftige und zukunftsfähige Basis stellen. Packen wir es gemeinsam an!

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz



Das Zertifikat wird nicht mehr verschwinden – deshalb NEIN zur «neuen Normalität»!

Das Corona-Zertifikat bestimmt unseren Alltag, die Teilhabe am sozialen Leben ist nur noch mit Zertifikat möglich. Es besteht die Gefahr, dass die Zertifikatspflicht nicht mehr aufgehoben oder immer wieder eingeführt wird. Wer das verhindern will, sagt am 28. November Nein zum Covid-19-Gesetz.



von Martina Bircher
Nationalrätin
Aargau (AG)

Mit dem Covid-19-Gesetz wurde die rechtliche Basis für das Zertifikat geschaffen. Mit der Ausdehnung der Zertifikatspflicht auf weite Bereiche des Alltags, ist die Teilhabe am sozialen Leben nur noch mit einem Zertifikat möglich. Und selbst am Arbeits- und Ausbildungsplatz wird nun immer öfter ein Zertifikat verlangt. Gleichzeitig wurden die Grattests abgeschafft. Damit zwingt der Bundesrat die Bevölkerung faktisch zur Impfung.

Zertifikate bald für Kleinkinder?

Es ist gut möglich, dass das Zertifikat noch mehr ausgeweitet wird, falls die vom Bundesrat angekündigte Impfwelle floppt. Momentan gilt eine Zertifikatspflicht ab 16 Jahren, sie könnte aber auch bereits 12-Jährige erfassen. Sobald die Impfstoffe für Kinder ab 5 Jahren zugelassen sind, kann das Zertifikat auch für noch jüngere Kinder eingeführt werden. In Israel gilt diese Pflicht übrigens bereits ab 3 Jahren! Hinzu kommt: Jedes Impfungszertifikat hat ein Ablaufdatum von 12 Monaten. Danach wird es eine dritte und dann eine vierte Impfung brauchen. Oder es kommt – wie in anderen Ländern bereits eingeführt – 2G, sodass nur noch Geimpfte und Genesene ins Restaurant oder ins Kino dürfen. Von da ist der Schritt nicht mehr weit zu 1G.

Die Pandemie geht irgendwann vorbei. Was aber einmal in die Rechtspraxis eingeführt worden ist, kann immer



Die vom Bundesrat angestrebte und mit dem Covid-Zertifikat geschaffene "neue Normalität" basiert auf der Diskriminierung von Menschen und der Spaltung der Gesellschaft. Deshalb ist die SVP - die Partei der Freiheit - entschieden gegen das extreme Covid-Gesetz.

wieder aus der Schublade hervorgeholt werden. Wer garantiert heute, dass bei einer schweren Grippewelle nicht wieder das Zertifikat zum Einsatz kommt? Experten warnten 2006 vor der Vogelgrippe und 2009 vor der Schweinegrippe. Was, wenn wir damals bereits eine rechtliche Grundlage für ein Zertifikat gehabt hätten? Und es waren bestimmt nicht die letzten Horrorszenarien von Experten.

Die Befürchtungen der Befürworter sind unbegründet

Aus der Vergangenheit lernen wir, dass befristete Regelungen sich irgendwann etablieren und zur Norma-

lität werden. Das Covid-19-Gesetz, das die rechtliche Grundlage für ein Zertifikat darstellt, ist daher brandgefährlich und muss abgelehnt werden. Die Angstmacherei der Befürworter ist absolut unbegründet. Mit einem Nein könnte der Bundesrat die Massnahmen trotzdem bis März 2022 weiterführen. Jedoch wäre eine Verlängerung nicht mehr möglich. Dies müsste selbst die Vorsichtigsten unter uns überzeugen, ein Nein in die Urne zu legen. Denn wenn die Obrigkeit die willkürlichen und für unser Land schädlichen Massnahmen nicht beenden will, muss es eben das Stimmvolk machen – mit einem klaren Nein zum Covid-19-Gesetz am 28. November.

Totale Macht

**für den
Bundesrat?**

**Extremes
Covid-19-Gesetz**



NEIN

So können wir unsere Gesellschaft wieder einen

Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Einigkeit und Ruhe einkehren zu lassen, muss unser aller Ziel sein. Es stellt sich jedoch die Frage, auf welchem Weg wir dieses Ziel erreichen. Die Lösung der Jungen SVP ist verblüffend einfach.



von David Trachsel
Präsident Junge SVP
Grossrat, Basel (BS)

Eine Alternative wäre der absolute Gehorsam gegenüber dem Bundesrat. Wir akzeptieren die Bundesratsvollmachten. Wir akzeptieren die Grundrechtsverletzungen. Wir lassen uns dauerüberwachen. Wir nehmen widerspruchslos Milliarden Schulden und Firmenschliessungen in Kauf. Wir im-

sagte beispielsweise Peter Indra, seines Zeichens Chef des Zürcher Amtes für Gesundheit, dass eine «gutmütige Diktatur eine gute Art und Weise ist, die Pandemie zu bewältigen». Wenn der Bundesrat von Einigkeit und Solidarität spricht, dann meint er damit die kritiklose Unterordnung der Bürgerinnen und Bürger unter sein Vollmachtenregime.

Diese Art der Einigkeit hat in der demokratischen Schweiz nichts zu suchen. Dem Bundesrat die totale Macht zu geben, ist unschweizerisch, gefährlich und unseres liberalen Rechtsstaates unwürdig.

öffnen und die Bürgerinnen und Bürger wieder in die Selbstverantwortung und in die Freiheit entlassen! Längst sind alle, die wollten, geimpft, womit niemand mehr vor einer anderen Person Angst zu haben braucht. Die Impfquote und die Durchseuchung sind zudem genügend hoch, dass zukünftig eine Überlastung der Spitäler höchst unwahrscheinlich ist.

Es ist also sehr wohl möglich, ohne Zwang aus der Krise zu kommen, Ruhe einkehren zu lassen und unsere Gesellschaft wieder zu einen. Da unsere Landesregierung aber nicht von sich aus alles für alle öffnet, müssen wir das unschweizerische Vollmachten-Regime des Bundesrates mittels Volksabstimmung beenden.

Die Zertifikatspflicht aufheben

Ebenso ist die Zertifikatspflicht mittels Volksabstimmung aufzuheben, denn deren Schaden ist gigantisch. Geschwächte Niedriglohnbranchen und überfüllte Kinder- und Jugendpsychiatrien kommen zu den Grundrechtseinschränkungen und der Spaltung der Gesellschaft hinzu. Durch die Anwendung des Zertifikats an Bildungseinrichtungen wird zudem gegen das Recht auf Bildung verstossen, indem der Hochschulunterricht nicht mehr allen Studierenden gleichermaßen offensteht. Ein nachweislicher Nutzen des Zertifikats ist hingegen nicht auszumachen. Die vierte Welle im Spätsommer erreichte uns trotz dem Zertifikat und klang auch unabhängig vom Zertifikat wieder ab. Die Ausweitung des Zertifikats erfolgte, als die Zahlen bereits markant sanken. Das Zertifikat kann demnach mit gutem Gewissen aufgehoben werden.



Junge Menschen sind von der Covid-Krise besonders betroffen. Studentinnen und Studenten sind Opfer von Willkürmassnahmen, das Recht auf Bildung wird ihnen verwehrt. Die Junge SVP setzt sich für die Rechte der Jugendlichen ein und wirbt für ein NEIN zum Covid-Gesetz.

pfen jede und jeden ohne Rücksicht auf Besorgte und Junge. In einem autoritären Regime gibt es tatsächlich keine Spaltung der Gesellschaft. Es gibt nur die eine zentrale Machtinstanz, der alle gehorchen. Auch in der Schweiz sind leider Sympathien für solche Ideen auszumachen. So

Die Bürger in die Selbstverantwortung und Freiheit entlassen

Zum Glück gibt es noch eine andere Lösung, wie unsere Gesellschaft wieder geeint werden kann. Und die ist so einfach, dass man es fast nicht glauben kann. Wir müssen lediglich alles für alle

Keine Bundesrichter, die ihr Amt in der Lotterie gewonnen haben!

Ein Komitee um den Finanzier Adrian Gasser will mit der «Justizinitiative» den Parteienproporz an den Gerichten aufheben. Das ist falsch und gefährlich. Wir sollten mit dem funktionierenden Schweizer Justizwesen keine Experimente machen.



von Barbara Steinemann
Nationalrätin
Watt-Regensdorf (ZH)

Die «Justizinitiative» ist gefährlich. Neu würde eine nicht genauer definierte Fachkommission, vom Bundesrat einmalig auf 12 Jahre ernannt, anstelle des Parlaments über die Zulassung der Kandidaten zu einem Losverfahren entscheiden. Funktionäre schauen dann Dossiers durch, wer für das Amt des Richters geeignet sein könnte.

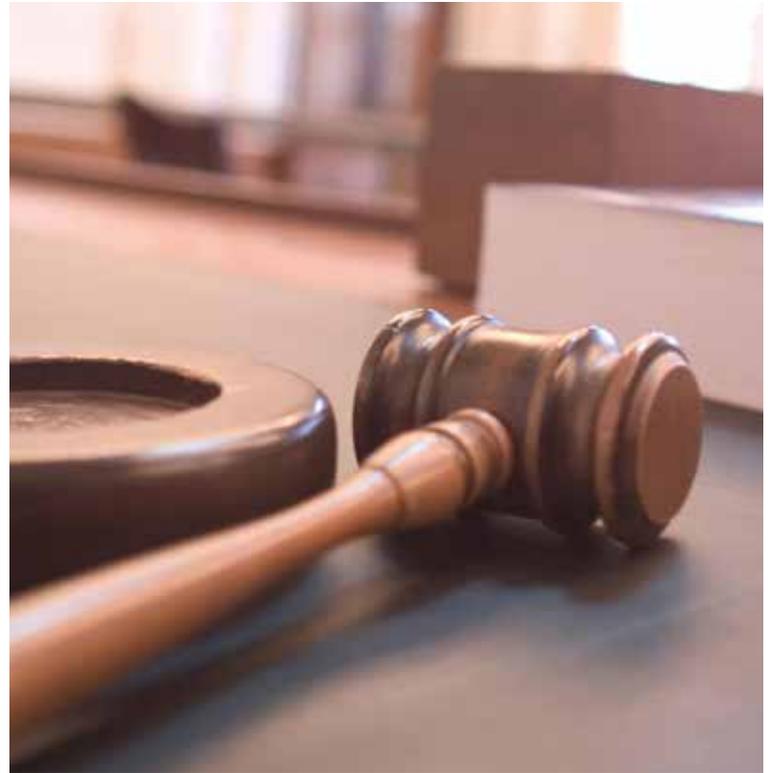
Kandidaten für die Wahl ans Bundesgericht durchlaufen heute ein anspruchsvolles Assessment. Es sind Menschen, die die Richterwahl aktiv steuern. Das Losverfahren würde unweigerlich dazu führen, dass schlechter qualifizierte Kandidierende zulasten besser qualifizierter Kandidierender ins Richteramts gelangten. Parteien haben kein Interesse daran, schlechte Richter ans Bundesgericht zu wählen. Lospech würde hervorragenden Richtern die Karriere zerstören. Man stelle sich nur einmal vor, die Bundesrichter müssten sich ins Gesicht sagen lassen, sie hätten ihr Amt bloss in der Lotterie gewonnen. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit, die Autorität und die Legitimation der höchsten Rechtspfeiler der Schweiz.

Richter sind unabhängig

Jeder Richter muss sich alle sechs Jahre wiederwählen lassen. Unser Land steht mit diesem Wiederwahlprozedere weltweit zwar ziemlich alleine da. Das heisst aber nicht, dass es deswegen falsch wäre. Die Wiederwahl bestätigt die demokratische Legitimation und institutionalisiert zudem eine gewisse Rechenschaftsablegung. Neu sollen die ausgelosten Richterinnen bis zum 69., die ausgelosten Richter bis zum 70. Altersjahr im Amt bleiben dürfen.

Zentraler Vorwurf der Initianten ist, die Richter würden ihre Entscheidungen nicht frei von Interessenkonflikten der Politik fällen können, weil sie faktisch einer Partei angehören müssen. Die konkreten Beispiele bleibt das Initiativkomitee jedoch schuldig. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist in der Schweiz kein Urteil bekannt, das aufgrund einer Einflussnahme von aussen ergangen wäre.

«Die konkreten Beispiele bleibt das Initiativkomitee jedoch schuldig. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist in der Schweiz kein Urteil bekannt, das aufgrund einer Einflussnahme von aussen ergangen wäre.»



Die verfehlte Justizinitiative will die Richterwahl zur Landeslotterie machen und der demokratischen Kontrolle entziehen. Das ist falsch und gefährlich. Darum NEIN am 28. November.

Bewährte Konkordanz auch für die dritte Staatsgewalt

Auch die Betroffenen selbst, die Richter, teilen die Bedenken der Initianten nicht: Die Richtervereinigung mit ihren 600 Mitgliedern will keinen Systemwechsel. Fast alle Richter in der Schweiz gehören einer Partei an. Sie legen damit offen, welchen politischen Werten und gesellschaftlichen Weltanschauungen sie sich zugehörig fühlen. Alle Werthaltungen sollen proportional zum Wählerwillen am Gericht vertreten sein. Im Gegensatz zum Ausland ist unser Staatswesen auf Konkordanz aufgebaut. Das hat uns Stabilität und Akzeptanz der Justiz gebracht. Damit sollten wir nicht experimentieren und am 28. November NEIN zur Justizinitiative sagen.

Nein zur Pflegeinitiative – Ja zu einer raschen Unterstützung der Pflegenden

Besser der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Nach diesem Motto ist die Pflegeinitiative klar abzulehnen, da nur dann ein Gegenvorschlag in Kraft tritt. Dieser gewährleistet, dass rasch mehr Pflegendе ausgebildet werden und das Problem im Kern angepackt wird. Demgegenüber will die Pflegeinitiative die Abgeltung von Pflegeleistungen in der Verfassung festschreiben, was absolut nicht stufengerecht und gegenüber anderen Branchen unfair wäre.



von Albert Rösti
Nationalrat
Uetendorf (BE)

Die Pflegeinitiative beinhaltet sechs konkrete Forderungen:

- eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen
- der Einsatz der Pflegenden entsprechend ihren Kompetenzen und Ausbildung
- die Möglichkeit der beruflichen Entwicklung
- anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen
- die Abrechnung gegenüber der obligatorischen Krankenversicherung ohne ärztliche Verordnung
- eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen.

In Anbetracht der fehlenden Arbeitskräfte in der Pflege haben Bundesrat und Parlament diese Forderungen aufgenommen und über alle Fraktionen hinweg einen sehr grosszügigen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet, der **fünf von diesen sechs Anliegen praktisch vollständig erfüllt**. Bei einem Ja zur Initiative würde die Diskussion zur Umsetzung mit ungewissem Ausgang von vorne beginnen und entsprechend der Vorgabe in der Initiative vier Jahre dauern.

Die Vorteile des Gegenvorschlags

Mit einer im Gegenvorschlag enthaltenen Ausbildungsinitiative mit finanziellen Mitteln von fast einer Milliarde Franken könnte die **Anzahl diplomierter**

Pflegefachpersonen rasch erhöht werden. Damit einher geht automatisch, dass dann die **Leute entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt** werden könnten und Unter- oder Überforderungen vermieden würden. Die Ausbildungsinitiative ermöglicht gleichzeitig die **berufliche Entwicklung für alle Pflegenden**, zumal sie auch eine Unterstützung der Lebenshaltungskosten vorsieht. Mit mehr gut ausgebildeten Pflegenden lassen sich auch die **Arbeitsbedingungen verbessern**, zumal diese von der Verfügbarkeit von ausreichenden qualifizierten Arbeitskräften mitbeeinflusst werden. Ebenso sieht der Gegenvorschlag eine **direkte Abrechnung von**

den die Verbände der Leistungserbringer angehalten, mit den Versicherern Verträge zur Überwachung der mengenmässigen Entwicklung der Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Anordnung erbracht werden, abzuschliessen. Demgegenüber müsste mit der Initiative ohne diese Einschränkung mit einem ungebremsten Kostenwachstum gerechnet werden. Das wäre nicht zu verantworten.

Der einzige mit dem Gegenvorschlag nicht übernommene Punkt ist die Regelung zur **Abgeltung der Pflegeleistungen**. Eine Regelung von Löhnen in der Verfassung



Die Pflegeinitiative schiesst über das Ziel hinaus. Darum ist sie abzulehnen. Der Gegenvorschlag ist die bessere Lösung und nimmt fast alle Forderungen der Initiative auf.

Leistungen gegenüber der Krankenkasse vor.

Prämienanstieg dämpfen

Das Parlament hat beim indirekten Gegenvorschlag aber auch dafür gesorgt, dass sich die Kostensteigerungen für die Prämienzahler in Grenzen halten. So wer-

auf Bundesebene für eine einzelne Berufsgruppe wäre systemwidrig und widerspricht der geltenden Kompetenzordnung.

Die Pflege kann also nur mit einem Nein zur Pflegeinitiative rasch und wirkungsvoll gestärkt werden, weil dann der Gegenvorschlag in Kraft tritt.

Jubiläum der SVP Waadt

Am Freitag, 22. Oktober, feierten mehr als 260 Personen im Anschluss an die Sitzung des Parteivorstandes der SVP Schweiz das 100-jährige Jubiläum der SVP Waadt, der ersten SVP-Kantonalpartei der Westschweiz. Im Beisein von Bundespräsident Guy Parmelin und den Vorstandsmitgliedern der SVP Schweiz begann der Abend in der Kirche von Saint-Cierges, wo die Partei am 13. Januar 1921 gegründet wurde, bevor es mit dem Essen zum 100-jährigen Jubiläum weiterging.



Bundespräsident Guy Parmelin vor der Kirche in Saint-Cierges.



Kevin Grangier, Präsident der SVP Waadt, sekundiert von den Milices vaudoises.



Von links nach rechts: Philippe Jobin, OK-Präsident 100-Jahre-Jubiläum, Kevin Grangier und Marco Chiesa, Präsident SVP Schweiz.



Nationalrat und Staatsratskandidat Michaël Buffat mit Bundespräsident Guy Parmelin und seiner Frau Caroline.



Mehr als 260 Mitglieder und Freunden der SVP haben das Jubiläum mitgefeiert.

Energieversorgung: Frau Bundesrätin Sommaruga, machen Sie Ihren Job!

Die SVP Schweiz sagt dem rot-grünen Schmarotzertum in den Kernstädten entschieden den Kampf an. An ihrer Versammlung in Montricher (VD) verabschiedeten die Delegierten eine entsprechende Resolution. Zudem sagten sie klar Nein zur Pflege- und zur Justizinitiative.

In seiner Rede sprach Parteipräsident Marco Chiesa auch die Energiepolitik an. Wovor die SVP schon lange gewarnt habe, trete nun ein: «Die Schweiz bekommt in absehbarer Zeit ein Stromversorgungsproblem.» Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates sei keine Strategie, sondern ein ökologischer Blindflug, der den Wohlstand und die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährde. «Elektro-Autos statt Benzin und Diesel? Das heisst: mehr Strom! Wärmepumpen statt Ölheizungen? Das

heisst: mehr Strom! Jedes Jahr rund 80'000 Menschen zusätzlich in der Schweiz? Das heisst: mehr Strom!» Gleichzeitig wollen die Öko-Fundamentalisten die AKWs abstellen. Damit würde 1/3 der Schweizer Stromproduktion wegfallen. «Da muss man nicht Mathematik studiert haben, um zu merken, dass diese Rechnung nicht aufgeht», so Chiesa. Es sei deshalb Zeit, Klartext zu reden: «Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga, legen Sie Ihre rosarot-grüne Brille ab und machen Sie Ihren Job!»

Zeichen gegen den bundesrätlichen Zertifikatsterror

Die SVP Schweiz lehnt den Zertifikatsterror und die damit verbundene Spaltung unserer Gesellschaft entschieden ab. Deshalb setzte sie mit der Delegiertenversammlung in Montricher ein Zeichen und führte den Anlass als Landsgemeinde durch. «Bei uns sind alle willkommen – Geimpfte, Getestete, Genesene und Gesunde!», sagte Parteipräsident Marco Chiesa. Insgesamt nahmen 215 Delegierte und 41 Gäste an der Versammlung teil.



Parteipräsident Marco Chiesa an der Delegiertenversammlung in Montricher (VD).



Christoph Mörgeli spricht vor zahlreichen SVP-Delegierten in Montricher (VD).



Bundespräsident Guy Parmelin war auch bei der Delegiertenversammlung anwesend.

Die anderen Parteien belohnen Erpressungen der EU

Die Schweiz muss der EU erneut 1,3 Milliarden Steuerfranken in den Rachen werfen – obwohl Brüssel unser Land plagt und diskriminiert. Zu verdanken haben wir dies der FDP und der Mitte.



von Franz Grütter
Nationalrat, Vizepräsident
SVP Schweiz, Eich (LU)

Es ist schon interessant, wie gewisse Parteien und Politiker plötzlich ihre Meinungen ändern. Getreu nach dem Motto «was geht mich mein Geschwätz von vor den Wahlen an», verraten sie ihre eigenen Überzeugungen. Es sind Wendehälse!

Das jüngste Beispiel: Die Schweiz zahlt nun doch die sogenannte «Kohäsionsmilliarde». Dabei hatte das Parlament vor den Wahlen 2019 noch eine klare Haltung: Keine Schweizer Steuergelder, solange die EU unser Land diskrimi-

niert. Der damalige Antrag stammte von FDP-Ständerat Ruedi Noser.

Die Pirouette von Ruedi Noser

Was ist seither passiert? Die EU verweigert nach wie vor die Anerkennung der Schweizer Börse. Inzwischen sind noch weitere Diskriminierungen dazugekommen: Mitte Juli hat die EU-Kommission die Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon Europe ausgeschlossen – als Straffaktion, weil der Bundesrat die Verhandlungen zum Rahmenabkommen beendet hat. Dazu kommen gezielte Benachteiligungen im Strombereich und bei Medtech-Produkten.

Trotzdem wurden die 1,3 Milliarden Franken für die EU in der Herbstsession durchgewunken. Mit den Stimmen der Linken, Grünen, Grünliberalen, der Mitte und der FDP. Die grösste Pirouette

vollzog der Freisinnige Ruedi Noser. Er sagte gegenüber der Handelszeitung: Die Schweiz solle der EU das Geld «ohne Gegenleistung» zahlen. Ich zitiere weiter: «Die Milliarde muss meiner Ansicht nach auch nichts Besonderes bewirken. Wir zahlen die jetzt einfach mal. Ob das Brüssel gut findet, ist unwichtig.» Noser vor den Wahlen: Kein Geld für die EU, solange sie uns diskriminiert. Noser nach den Wahlen: Die Schweiz soll auch ohne Gegenleistung zahlen.

Kniefall vor Brüssel schadet der Schweiz

Diese Politik ist unwürdig für die Schweiz. Das ist ein Kniefall. Und ein Wortbruch gegenüber 2019. Die Mehrheit im Parlament vertritt offenbar nicht mehr die Interessen der Schweizer Bevölkerung, sondern die Interessen der EU. Man belohnt den Erpresser mit einer Milliarden-Zahlung. Es ist jetzt schon klar, dass diese Tribut-Zahlung nichts zur Entspannung beitragen wird. Der neue Vize-Präsident der EU-Kommission spricht schon von der nächsten «Kohäsionsmilliarde».

Die SVP hat als einzige Partei diesen Bückling abgelehnt. Wie auch das undemokratische Vorgehen: Das Geschäft wurde als «einfacher Bundesbeschluss» vorgelegt, damit es keine Möglichkeit gibt für eine Volksabstimmung. Mein Antrag auf ein fakultatives Referendum wurde von der Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt. Die anderen Parteien haben offenbar Angst davor, dass die Schweizer Bevölkerung über diese unwürdige Erpressungsmilliarde abstimmen darf.

Fazit: Wer Rückgrat in der Politik will, wählt SVP.



Einmal mehr haben Linke, Mitte und FDP den Forderungen Brüssels nachgegeben und sich bereit erklärt, mehr als eine Milliarde Franken an die EU zu verschenken, ohne zu wissen, wofür das Geld eingesetzt wird.

So zocken uns Stadtlinke und Luxus-Sozialisten ab

Auch wenn es die Journalisten und gegnerische Politiker noch so gerne verdrehen: Die SVP geht nicht auf die Städte oder auf die Städter los. Sondern auf die Linken in den Städten, die auf Kosten der bürgerlichen Leistungsträger leben und sie zunehmend verdrängen.



von Thomas Matter
Nationalrat
Meilen (ZH)

Täglich erlebe ich mit meinem eigenen Unternehmen, wie die Stadt Zürich die Betriebe und guten Steuerzahler plagt. Ständig werden noch mehr Parkplätze abgebaut, Spuren abgebaut, 30er-Zonen eingeführt. Die linke Stadt will meine Kunden zwingen, mit dem Tram oder mit dem Velo anzufahren. Oder noch besser mit dem Trotti.

Die städtischen Linkswähler haben das Jagdgesetz wuchtig verworfen – und muten damit der Bergbevölkerung ohne weiteres herumstreifende Wölfe zu. Gleichzeitig werden in Zürich Hundezonen ausgesondert, weil die Stadtlinken Angst vor Hunden haben. Dafür wollen die Luxus-Sozialisten am Bürkliplatz Erdbeeren anbauen oder die Sommerhitze mit künstlichem Nebel bekämpfen. In Zürich wurde ein ausrangierter Hafenkran aus der ehemaligen kommunistischen DDR an die Limmat transportiert und dort als Kunstwerk aufgestellt. Weil den Stadtlinken jedes Rot gefällt, auch wenn es nur Rost ist!

Urbane Misswirtschaft auf Kosten der Landbevölkerung

Gleichzeitig verdienen die immer zahlreicheren Stadtzürcher Beamten im Durchschnitt mehr als die durchschnittlichen Bankangestellten. Auch das rot-grüne Beamtenparadies Bern bietet ihrer Klientel eine grosszügige Rundumversorgung: kostenlose Schwimmbäder, einen subventionierten Kulturbetrieb in der gewalttätigen Chaos-Reitschule, dafür umso mehr Schikanen gegen den beweglichen und ruhenden Strassenverkehr. Das links-regierte Biel verbraucht fast 80

Stadt schreibt im aktuellen Jahr ein Defizit von 75 Millionen Franken. Die Schulden erhöhen sich auf fast 2 Milliarden. 5,2 Millionen gehen in einen «Aktionsplan für das Klima», 55 neue Vollzeitstellen in Kindertagesstätten. Dafür investiert man in Lausanne einfach etwas weniger in den Gebäudeunterhalt und in die Infrastrukturen.

Die SVP hilft den städtischen Leistungsträgern

Dass wir uns richtig verstehen: Die Medien behaupten jetzt, die SVP gehe auf die Städte und auf die Städter los. Das ist grundfalsch. Aber wir gehen gegen die herrschenden Linken in den Städten vor. Und wir tun das auch und gerade für die städtischen Buezer, Angestellten, Gewerbetreibenden und guten Steuerzahler. Denn diese tüchtigen, fleissigen Leistungsträger sind heute in den Städten dermassen in der Minderheit, dass sie nichts mehr bewegen können.



Rot-Grüne Stadträte greifen den Landbewohnern unverschämt in die Tasche, um ihre politische Klientel mit Geld zu finanzieren, das andere durch Arbeit verdient haben.

Prozent seiner Steuereinnahmen für Sozialhilfekosten. Doch das ist nicht weiter tragisch, denn Biel erhält vom übrigen Kanton 32 Millionen Franken Zentrums-lasten-Entgelt – und kann darum die Misswirtschaft fröhlich weitertreiben. Das rot-grüne Lausanne hat einen Ausländeranteil von 43 Prozent. Die viertgrösste

Die SVP muss bei den Wahlen der Jahre 2022 und 2023 anstreben, die Landschaft und die Agglomerationen bis an die Grenze der Städte zurückzuerobern beziehungsweise ihren Wähleranteil zu verteidigen. Und gleichzeitig dafür sorgen, dass die letzten Bürgerlichen nicht auch noch aus den Städten vertrieben werden.

PEUGEOT SPORT ENGINEERED 

DER NEUE 508 SW PSE

PIONEERING PERFORMANCE AGAIN*

360 PS - 4x4 - 46 g/km CO₂



*ERFINDET PERFORMANCE WIEDER NEU

PEUGEOT EMPFIEHLT **TOTAL**
Der neue 508 SW PEUGEOT SPORT ENGINEERED HYBRID4
360 e-EAT8: Verbrauch kombiniert (WLTP): 2,0 l + 16,6 kWh/
100 km, CO₂-Ausstoss kombiniert (WLTP): 46 g/km. Energie-
effizienzklasse: A.

ECLIPSE CROSS PHEV

AB CHF 39'950.-*

Jetzt bei Ihrem Mitsubishi Partner



A Energieeffizienz-
Kategorie

55 km elektrische
Reichweite City

2.0 l/100 km
Benzin



4x4 PLUG-IN HYBRID

*Eclipse Cross PHEV 4x4 Value 2.4 Benzin/Automatik, CHF 39'950.-, Mixverbrauch 2,0 (Benzinäquivalent 4,66) l/100 km, CO₂-Ausstoss 46 g/km** plus 41 g/km aus Treibstoffbereitstellung, Energieeffizienzklasse A.
Abb. Eclipse Cross PHEV 4x4 Diamond 2.4 Benzin/Automatik, CHF 49'950.-, 2,0 (Benzinäquivalent 4,66) l/100 km, CO₂-Ausstoss 46 g/km** plus 41 g/km aus Treibstoffbereitstellung, Energieeffizienzklasse A. Preise inkl. MWST. **Durchschnittlicher CO₂-Ausstoss aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 169 g/km.



Linke Salamitaktik zur CO2-Abzocke

Wer glaubt, nach dem Nein zum CO2-Gesetz würden die Politiker einsichtig und korrigierten ihren Kurs, der täuscht sich. Der Volksentscheid wird in Bern allgemein als Unfall gesehen. Neue Verbote und Abgaben kommen auf die Bevölkerung zu.



von Christian Imark
Nationalrat
Fehren (SO)

Die Bevölkerung der Schweiz hat am 13. Juni 2021 das CO2-Gesetz abgelehnt. Damit sagte das Volk Nein zu höheren Treib- und Brennstoffpreisen sowie Nein zu immer mehr Verboten. Ebenfalls bachab geschickt wurde die gängige Praxis, die staatlichen Abgaben laufend zu erhöhen, als Folge der zuwanderungsbedingt unerreichten Reduktionsziele.

Sommaruga ignoriert Volkswillen

Anstatt das Votum des Volkes ernst zu nehmen und die gescheiterte Politik grundlegend zu hinterfragen, spricht man in Bern von einem Unfall und erhöht die staatlichen Abgaben unverhohlen weiter, als wäre am 13. Juni überhaupt nichts geschehen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga beispielsweise erhöhte die CO2-Steuer auf das gesetzlich mögliche Maximum von 120 Franken pro Tonne, nur wenige Tage nach dem Volks-Nein. Weiter wurden für Autoimporteure Verteuerungen angekündigt, die wiederum auf die Konsumenten abgewälzt werden.

Benzin und Diesel teurer

Durch die CO2-Übergangsgesetzgebung, die derzeit in den eidgenössischen Räten in aller Eile gezimmert wird, werden sich Benzin und Diesel um weitere 3,5 Rappen pro Liter erhöhen. Dies, nachdem die Treibstoffpreise wegen der Steuerbefreiung von biogenen

Treibstoffen bereits per 01.01.2021 um 3.7 Rp erhöht worden sind. Und auch bei einem allfälligen Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, wie sie der Nationalrat will, ist mit zusätzlichen Verteuerungen an allen möglichen Fronten zu rechnen.

Mit unerreichbaren Zielen Kasse machen

Wie beim abgelehnten CO2-Gesetz bringen sich die Staatsprofiteure erneut in Position, um von geplanten Verteuerungen für die Bevölkerung profitieren zu können. Die CO2-Re-

duktionsziele werden weiterhin ohne Berücksichtigung der nach wie vor massiven Zuwanderung gemessen. Dass die Ziele damit unerreichbar bleiben, kümmert niemanden, im Gegenteil. Die nationalrätliche Umweltkommission hat bereits entschieden, diesen wesentlichsten Ein-

flussfaktor, der zur Nichterreichung der Reduktionsziele führt, auch weiterhin ignorieren zu wollen. Denn nur so wird der Bund von der Bevölkerung und dem Schweizer Mittelstand weitere Milliarden abkassieren und immer neue Verbote aussprechen können.

« Denn nur so wird der Bund von der Bevölkerung und dem Schweizer Mittelstand weitere Milliarden abkassieren und immer neue Verbote aussprechen können. »



Am 13. Juni lehnte das Schweizer Volk das CO2-Gesetz ab, das eine Erhöhung der Steuer auf den CO2-Verbrauch zur Folge gehabt hätte, die die Bürger bereits zahlen. Trotz der Volksabstimmung werden Benzin und Diesel nun 3,5 Rappen mehr pro Liter kosten. Warum? Denn die SP, die Grünen, die Grün-Liberalen, die Mitte und die FDP, die alle das CO2-Gesetz unterstützt haben, haben beschlossen, die Menschen mit einer Steuererhöhung zu bestrafen.

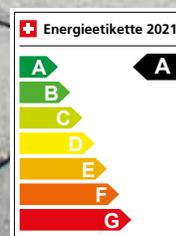
BEAUTIFUL FAST CARS

JAGUAR I-PACE 100 % ELEKTRIFIZIERT



Erleben Sie die Performance der Zukunft im vollelektrische Jaguar I-PACE jetzt mit noch kürzerer Ladezeit dank 3-phasigem Aufladen der 90-kWh-Hochleistungsbatterie. Spüren Sie grosse Emotionen mit 400 PS, 696 Nm Drehmoment ab 1 U/min, 4.8 Sekunden von 0-100 km/h dank Allradantrieb und 470 Kilometer Reichweite.

Jetzt Probe fahren!
jaguar.ch



I-PACE EV400, Automatikgetriebe, 400 PS (294 kW), Gesamtverbrauch 24.8 kWh/100 km, CO₂-Emissionen 0 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: A.

Das Frauenbild des Islam hat bei uns nichts verloren

Muslimische Gelehrte betonen gerne, die Frau sei vor Allah gleichberechtigt. Der Koran und die islamische Tradition sprechen jedoch eine andere Sprache: Das Islamische Recht steht diametral zu unserer europäischen Rechtsauffassung, zu unserer Bundesverfassung und unserem Rechtsstaat.



von **Monika Rüegger**
Nationalrätin
Engelberg (OW)

Die Frau ist im islamischen Recht massiv benachteiligt. So etwa beim Erbrecht. Im Zeugenrecht gilt ihre Aussage nur halb so viel wie die eines Mannes, und im Eherecht wird ihr eine Scheidung erschwert oder gar verunmöglicht. Dem Mann wiederum ist Polygamie (Mehr- oder Vielehe)

Haben Sie gewusst:

2018 fand in der Schweiz jeder vierte muslimische Jugendliche, Frauen hätten in Ländern wie der Schweiz zu viele Freiheiten.

Aus der Umfrage «Verbreitung extremistischer Einstellungen unter Jugendlichen in der Schweiz» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft (ZHAW) und der Haute école de travail social Fribourg (HETS-FR)

erlaubt. Dazu kommt bei den Frauen die Pflicht zum Gehorsam. Generell sind einer Ehefrau selbstbestimmte Entscheidungen ohne Einwilligung des Ehemannes verboten, dazu zählen zum Beispiel das Haus zu verlassen oder Kontakte zu anderen Personen. In der islamischen Lehre, im Koran (Sure 24, Verse 30 und 31) gilt der ganze Körper der Frau prinzipiell als «unanständig», ausgenommen sind das Gesicht, die Hände und manchmal noch die Füße. Darauf basiert die Bedeckung des Kopfes oder des ganzen Körpers. Dem Ehemann ist es auch erlaubt, die Frau mit körperlicher Gewalt zu «züchtigen».

Wie wirken sich solche Regelungen und Verbote bei uns in der Schweiz aus? Es kam bei Buben zu Verweigerungen, der Lehrerin in der Schule die Hand zum Gruss zu geben oder Mädchen bleiben dem Schwimmunterricht fern.

Durch die Flüchtlingswelle im Jahr 2015, vor allem aus islamischen Kulturkreisen, haben in der Schweiz auch die Zahl der Zwangsehen mit Minderjährigen sprunghaft zugenommen. Kinderehen lassen sich direkt aus dem Koran ableiten. Sie sind in der Schweiz verboten. Das Kinderhilfswerk UNICEF geht von jährlich weltweit 15 Millionen Eheschliessungen von Erwachsenen mit Minderjährigen aus; die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen.

Keine Parallelgesellschaften dulden

In Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Schweden oder Belgien gibt es bereits regelrechte Parallelgesellschaften, die ausserhalb des Rechtsstaates leben, indem sie Scharia-Recht anwenden. So weit ist es bei uns noch nicht – und darf es nicht kommen. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen und klare rechtliche Grenzen setzen.

Wir dürfen keinesfalls zulassen, dass sich in unserem Land ein Frauenbild aus dem Islam etabliert. Frauen dürfen nicht als Menschen zweiter Klasse betrachtet und wie «Freiwild» behandelt werden. Links-Grüne Kreise inszenieren Muslime gerne als Opfer von Diskriminierung, nie als potenzielle Aggressoren. Wer den Islamismus und seine üblen Ausprägungen kritisiert, wird mangels besserer Argumente reflexartig als islamophob diskreditiert. Dabei müsste es umgekehrt sein. Ist es nicht legitim, muslimische Praktiken zu hinterfragen, wenn



Zum Schutz von Frauen und Mädchen dürfen wir nicht zulassen, dass sich in unserem Land das Frauenbild des Islam etabliert.

Frauen unterdrückt werden, der Rechtsstaat missachtet wird, wenn im Namen des Islam Gewalttaten und terroristische Anschläge verübt werden?

Falsch verstandene Toleranz

Die extreme Seite des Islam zu erkennen, ist ein erster wichtiger Schritt zum Schutz für Mädchen und Frauen und zur Wahrung der freiheitlichen Demokratie. Wir dürfen unsere Werte und unsere Kultur nicht untergraben lassen. Unsere Freiheit darf nicht eingeschränkt, unsere Sicherheit darf nicht aufs Spiel gesetzt werden durch politisch bewusst falsch verstandene Toleranz. Es geht nicht um Religionsfreiheit, es geht hier um extreme religiöse Gesetze, die die Frauenwürde und Menschenrechte verletzen.

Gesellschaft spal- ten?

Nicht mit uns!

**Extremes
Covid-19-Gesetz**

NEIN

